



Bangen wegen Agrar-Initiativen

Die beiden Agrar-Initiativen wollen nachhaltige Produkte fördern. Doch hiesige Bauern halten die Vorlagen für unnötig, wenn nicht gefährlich. Auch Schaffhauser Politiker sorgen sich um Mehrkosten. Mit einer Ausnahme.

Clarissa Rohrbach

BERN/SCHAFFHAUSEN. Sie sind am meisten davon betroffen: die Bauern. Und doch verhalten sie sich im Vorfeld der beiden Abstimmungen zu Fair Food und der Ernährungssouveränität am 23. September erstaunlich still. So hat der Schweizer Bauernverband Stimmfreigabe beschlossen. Dabei würde sich für die Landwirtschaft einiges verändern. Um sicherzustellen, dass die Produkte, wie Fair Food verlangt, umweltschonend, tierfreundlich und fair hergestellt werden, würde es zu strengeren Vorschriften kommen. Die höheren Standards in der Produktion sollen auch für importierte Produkte gelten.

Darin sieht Christoph Graf, Präsident des Schaffhausers Bauernverband, ein Problem. «Wenn ausländische Produkte auf unserem Niveau sind, wird der Preisdruck auf Schweizer Bauern noch grösser.» Denn die Produktionskosten im Ausland blieben tiefer. Bisher habe man die höheren Preise der einheimischen Lebensmittel mit der hohen Schweizer Qualität rechtfertigen können. Doch appliziere man diese auch auf Importprodukte, könnten sich Schweizer Produkte nicht mehr abheben. Ausserdem halte sich die Landwirtschaft jetzt schon an Nachhaltigkeit und Tierwohl. «Ein weiteres Gesetz ist unnötig», sagt Graf. Noch vehementer stellt sich Graf gegen die Ernährungssouveränität. Diese verlangt, dass der Staat auf eigene Kosten mehr Personen in der Landwirtschaft anstellt und die kleinen Betriebe fördert. Die Schweizer Landwirtschaft ist laut Graf bereits klein strukturiert. Wenn man die Kleinbauern fördere, sei es schwierig, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten. «Es wäre ein Schritt zurück in der Entwicklung der Landwirtschaft.»

Noch mehr Einkaufstourismus

Von einer veralteten Agrarpolitik spricht auch Ernst Landolt, Regierungsrat und ehemaliger Geschäftsführer des Schaffhauser

Bauernverbandes. «Vorschreiben zu wollen, wie viele Leute in der Landwirtschaft arbeiten, ist eine ausufernde Forderung.» Aus seiner Erfahrung als Bauer könne er sagen: Je mehr in der Landwirtschaft reguliert wird, desto teurer wird es. Die Verteuerung der Lebensmittel dürfte vor allem den Kanton Schaffhausen betreffen, der bereits heute unter dem Einkaufstourismus leidet. «Es wäre ein Anreiz, um noch häufiger jenseits der Grenze einzukaufen», sagt Landolt. Auch für die gesamte Schweizer Wirtschaft hätten die Initiativen eine bremsende Wirkung. Nicht nur weil Schweizer Lebensmittel weniger

«Je mehr in der Landwirtschaft reguliert wird, desto teurer wird es.»

Ernst Landolt
Regierungsrat (SVP)

wettbewerbsfähig wären, sondern auch weil die neuen Vorschriften mit dem internationalen Handelsrecht kollidieren würden.

«Wir können uns eine solche Abschottung nicht leisten», sagt Nationalrat Thomas Hurter (SVP/SH). Denn auch unsere Produkte seien nicht hundertprozentig in der Schweiz produzierbar. Für ihn ist klar: Die Ernährungssouveränität gleicht einem kommunistischen System, das eine staatlich gesteuerte Produktion von Lebensmitteln einführt. Das sei nicht durchführbar. Eine grosse Gefahr sieht er in der Fair-Food-Initiative. «Sie klingt zwar super, führt aber zu einer Verteuerung der Produkte.» Bezogen auf Schaffhausen käme es wegen des stärkeren Einkaufstourismus zu einer Standortverschlechterung. Ausserdem fragt sich Hurter: Wie soll man im Ausland kontrollieren, ob unsere Standards eingehalten werden? Ein riesiger Staatsapparat müsste aufgebaut werden, und dies ohne Wirkung.

Auch Ständerat Hannes Germann (SVP/SH)



spricht von einem teuren Kontrollsystem, dessen Ausführung unrealistisch sei. Die Initiativen seien zwar gut gemeint, könnten aber ihre Versprechen nicht halten. Man solle lieber den Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit umsetzen, den das Stimmvolk letztes Jahr angenommen habe. Dieser garantiert bereits die Nachhaltigkeit bei Importen. Ausserdem würde die Verletzung von WTO-Handelsrecht zu Repressionen führen. «Das will niemand, wo wir doch jeden zweiten Franken im Ausland verdienen.»

Schweiz in der Pionierrolle

Kein Konfliktpotenzial im internationalen Handel sieht hingegen Nationalrätin

Martina Munz (SP/SH). Die Fair-Food-Initiative sei sogar eine Chance, um die Produktionsmethoden in internationalen Handelsverträgen zu verankern. «Die Schweiz kann da als gutes Beispiel vorangehen, damit eine globale Verantwortung entsteht.» Es könne nicht sein, dass Produkte verkauft würden, die aus sklavenähnlichen Arbeitsverhältnisse stammen. Importverbote sind zwar mit dem WTO-Recht nicht vereinbar, doch mit Zollabstufungen könne man fair produzierte Lebensmittel fördern. Munz hat auch Sympathien für die Ernährungssouveränität, doch die Umsetzung sei wegen des starken Eingriffs des Staats in die Landwirtschaft schwierig.



Die Fair-Food-Initiative will sicherstellen, dass es den Tieren gut geht.

BILD KEY